



AUTOREN



Niels Annen

Senior Resident Fellow beim German Marshall Fund in Washington DC



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI und Helmut Schmidt Fellow an der Transatlantic Academy in Washington DC

TÜRKEI

Merkel wird den Frust der Türken spüren

Vor drei Wochen hat der auswärtige Ausschuss des US-Repräsentantenhauses mit 23 gegen 22 Stimmen von Präsident Obama und gegen seinen Willen verlangt, die Verfolgung von Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord zu bezeichnen. Kurz darauf verabschiedete der schwedische Reichstag eine ähnliche Resolution. Die Antwort des türkischen Ministerpräsident Recep Erdogan fiel deutlich aus, ohne Rücksicht auf diplomatische Feinheiten. In einem BBC-Interview hat Erdogan den rund 100.000 illegal in der Türkei lebenden Armeniern die Ausweisung angedroht. „Falls notwendig, kann es passieren, dass ich diesen 100.000 sagen muss: kehrt in euer Heimatland zurück, denn ihr seid nicht meine Staatsbürger. Ich habe euch nicht in meinem Land zu behalten“.

Auch wenn Erdogan seine Äußerungen inzwischen relativiert hat, der politische Schaden bleibt. Sowohl in Europa als auch in den USA wächst die Sorge, dass der türkische Ministerpräsident die Armenien-Frage als Anlass nimmt, um die Konfrontation mit dem Westen zu suchen. So hat er – ausgerechnet bei einem Treffen mit türkischstämmigen Abgeordneten aus Ländern der Europäischen Union – seine absurde Parole wiederholt, die er bereits bei seinem Deutschlandbesuch 2008 vorgebracht hatte: „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Mit solchen Parolen kann Erdogan vielleicht innenpolitisch punkten, außenpolitisch spielt er damit ausgerechnet denjenigen in die Hände, die sein eigenes strategisches Ziel verhindern wollen: den Beitritt der Türkei zur EU.

Es war Recep Tayyip Erdogan, der die Türkei in die EU bringen wollte. Er sah in der EU das Zuckerbrot und die Peitsche. Die Aussicht auf die süße Belohnung am Ende würde einen von Erdogan gewollten Modernisierungsprozess in der Türkei beschleunigen. Am 3. Oktober 2005 haben die offiziellen Beitrittsverhandlungen begonnen, aber das Momentum ist verloren gegangen. Die Verhandlungen sind schwierig und verlaufen zäh. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, der eine Vollmitgliedschaft der Türkei offen ablehnt, verhindert bisher jeden weiteren Fortschritt. Aber auch in Deutschland ist die öffentliche Meinung ablehnend.

Kurz vor ihrem Türkei-Besuch in der nächsten Woche hat Bundeskanzlerin Merkel noch einmal das Modell der privilegierten Partnerschaft als Alternative zu einer türkischen Vollmitgliedschaft ins Rennen geschickt. So pragmatisch dieser Vorschlag ist, er ändert nichts daran, dass er ein Rückschritt gegenüber früheren Versprechungen und auch einen Schritt hinter die Kopenhagener Kriterien darstellt. Letztere hatten klar festgelegt, wann ein Land für die EU reif sei.

Dabei ging es um politische, rechtliche und wirtschaftliche Kriterien. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Schutz von Minderheiten, funktionsfähige und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft sowie die Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes (Acquis communautaire) waren die Vorbedingungen. Der heute für so viele so wichtige Aspekt der Religion, der gerade bei der Türkei unerschwellig immer hemmend mitschwingt, also die

Frage, ob nur Christen oder auch Muslime EU-Angehörige werden können, spielte dabei keine Rolle.

In der Türkei führen die Verzögerungen auf dem Weg zur angestrebten EU-Vollmitgliedschaft zu politischer Frustration. Insbesondere nach dem vollzogenen Beitritt von Rumänien und Bulgarien beklagen viele Türken eine Ungleichbehandlung durch die EU. Erdogan fällt es daher nicht schwer, diese Stimmung innenpolitisch zu instrumentalisieren. Das wird auch die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch zu spüren kriegen.

Die politische Stimmung in der Türkei kann rasch umschlagen und zu einer Abwendung von Europa führen. Schon heute betreibt Ankara eine Außenpolitik, die sorgfältig darauf bedacht ist, die Nachbarn Iran und Syrien nicht zu vergrätzen und dem türkischen Selbstbewusstsein in der Region Geltung zu verschaffen.

Eine Abkehr der Türkei von Europa, würde zwar vordergründig die schwierige Frage der EU-Mitgliedschaft negativ beantworten. Andere und wohl auch schwerere Probleme würden aber neu entstehen. Denn der Westen braucht die

Türkei genauso wie die Türkei den Westen braucht. Beide sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten, die EU ist mit Abstand Ankaras wichtigster Handelspartner. Rund 55 Prozent aller Exporte aus der Türkei gehen nach Europa, etwa 45 Prozent aller türkischen Importe kommen aus Europa. Europa hat einen satten Handelsbilanzüberschuss gegenüber der Türkei von rund 8 Milliarden Euro (2008). Die EU ist für etwa drei Viertel aller nach der Türkei fließenden Direktinvestitionen verantwortlich. Und nicht zu vergessen: in Europa leben mehrere Millionen Menschen türkischer Herkunft, der größte Teil (etwa 2,5 Millionen) in Deutschland.

Was die EU für die Türkei aus wirtschaftlicher Sicht ist, sind die USA aus politischer Sicht. Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der Nato und der wichtigste strategische Partner der USA im Nahen Osten. Die Türkei hat Truppen in Afghanistan und sie stellt ihre militärischen Einrichtungen den amerikanischen Streitkräften im Irak zur Verfügung. Sie hat zur Zeit einen der nicht-permanenten Sitze im UN-Sicherheitsrat und wird so möglicherweise demnächst mitentscheiden, ob es zu den von den USA angestrebten Sanktionen gegenüber dem Iran kommen wird.

Die Türkei ist eine Demokratie mit einer säkularen Verfassung und einer muslimischen Bevölkerung und vermag daher eine Brücke zwischen Europa und Asien, zwischen christlicher und islamischer Welt zu schlagen. Ist sie erfolgreich, kann sie für andere Länder des Mittleren Ostens zu einem Vorbild für Modernisierung und Transformation werden. Auch das macht sie für den Westen zu einem wichtigen Partner.

Europa muss Erdogans nationalistischer Propaganda entschieden widersprechen, denn es steht viel auf dem Spiel. Aber die EU kann dies nur dann glaubwürdig tun, wenn sie der Türkei eine glaubwürdige und dann auch verlässliche Europaoption offenhält. Eine europäische Türkei ist für die EU zweifelsohne eine Herausforderung und die Türkei ist ein Testfall für die eigene europäische Modernisierungsbereitschaft und -fähigkeit. Um diesen Test zu bestehen, braucht es Kooperation nicht Konfrontation. Erdogans Provokation mag sich für ihn innenpolitisch kurzfristig auszahlen, langfristig aber verlieren alle.

Dieser Beitrag ist am 28. März 2010 in „Die Welt“ erschienen.